



Niederschrift

über die Sitzung

des Stadtrates

am 07.02.2018

Anwesend

- Vorsitz

Michael Ebling

- Verwaltung

Günter Beck
Christopher Sitte
Dr. Eckart Lensch
Marianne Grosse

- Stadtratsmitglieder

Baris Baglan
Andreas Behringer
Katharina Binz
Marc-Antonin Bleicher
Dr. Barbara Both
Dr. Matthias Dietz-Lenssen
Xander Dorn
Dr. Gerd Eckhardt
Nora Egler
Sabine Flegel
Henning Franz
Thomas Gerster
Alexandra Gill-Gers
Ursula Groden-Kranich, MdB
Klaus Hafner
Gunther Heinisch
Ansgar Helm-Becker
Waltraud Hingst
Horst Hof
Dr. Brian Huck
Ruth Jaensch
Martin Kinzelbach
Johannes Klomann, MdL
Daniel Köbler, MdL
Sylvia Köbler-Gross
Walter Koppius
Martina Kracht
Myriam Lauzi
Prof. Dr. Felix Leinen
Dr. Eleonore Lossen-Geißler
Kurt Mehler
Dr. Christian Moerchel
Dr. Claudius Moseler
Thomas Neger

Anette Odenweller
Ann Kristin Pfeifer
Prof. Dr. Michael Pietsch
Dr. Christine Pohl
Jasper Proske
Wolfgang Reichel
Dr. Markus Reinbold
Uta Schmitt
Hannsgeorg Schöning
Martin Schykowski
Claudia Siebner
Norbert Solbach
Gerhard Strotkötter
Harald Strutz
Heinz-Werner Stumpf
Karin Trautwein
Dr. Peter Tress
Prof. Dr. Jürgen von Stuhr
Ute Wellstein
Sissi Westrich
Cornelia Willius-Senzer, MdL
Christine Zimmer

- Schriftführung

Christoph Sell

Entschuldigt fehlen

- Verwaltung

Katrin Eder

- Stadtratsmitglieder

Claus Berndroth
Thorsten Lange
Zorlu Ünal
Christian Viering

Tagessordnung

a) öffentlich

TEIL I

Anfragen

1. Beauftragung von externen Beraterbüros (FW-G)
3. NOx-Überschreitungen bei Heimspielen der 05er (FW-G)
4. Bausachverständige für städtische Projekte (FW-G)
5. Container im Denkmalbereich des 117er Ehrenhofes (AfD)
6. Baumaßnahmen Gutenberg-Museum und „Bibelturm“ (ÖDP)
7. Baulicher Zustand des Römischen Theaters (ÖDP)
8. Feuerwehrrätehäuser in Mainz (ÖDP)
9. Lärmbelästigung: Nachbesserungen der Mainzelbahn in Bretzenheim (ÖDP)
10. Unberechtigter Autoverkehr Heuerstraße Kreuzung Rheinhessenstraße (FW-G)
11. Kosten durch Höhenreduzierung des sog. Bibelturmes (AfD)
12. Präventiv-Maßnahmen in städt. Kitas gegen sexuelle Gewalt (AfD)
13. Besuch des Kindergartens von Kindern in benachteiligten Lebenssituationen (SPD)
14. Lokale Entwicklungs- und Aufwertungsprojekte (LEAP) (SPD)
15. Aufstellung von Mülleimern bzw. Hundekotstationen (SPD)
16. Prioritätenliste zur Instandsetzung Mainzer Straßen (SPD)
17. Bibelturm (CDU)
18. Radwegebenutzungspflicht (CDU)
19. Spielmöglichkeiten für Kinder in der Altstadt (CDU)
20. Umbauphase Große Langgasse (CDU)
21. FrankfurtRheinMain GmbH (CDU)

22. Sanierung der Rheingoldhalle und der Bürgerhäuser (CDU)
23. Mietkosten für zusätzliche Büroflächen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
24. Sozialticket für Mainz (DIE LINKE)
25. Fördergelder aus Sofortprogramm "Saubere Luft" (ÖDP)
26. Stadtentwicklung prüfen (DIE LINKE)
27. Infrastruktur für ein Smart City-Konzept (SPD)
28. kurdische Symbole auf Kundgebungen (DIE LINKE)
29. Fragestunde

Anträge

30. Mensch und Umwelt schützen - kein Glyphosat in Mainz (DIE LINKE)
 - 30.1. Änderungsantrag zu Mensch und Umwelt schützen - kein Glyphosat in Mainz (DIE LINKE)
31. Weiterentwicklung von Mainz zur Smart City (CDU)
32. Erstellung eines Bebauungsplans für das Gebiet Große Langgasse, Steingasse, Welschnonnengasse (CDU)

TEIL II

A) Mit Stimmrecht des Vorsitzenden

33. Ehrenbürgerwürde für Frau Margit Sponheimer-Weber
34. Sachstandsberichte
 - 34.1. Sachstandsbericht zum Stadtratsantrag 0593/2015/1 von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
 - 34.2. Sachstandsbericht zur 3. Fortschreibung des Nahverkehrsplanes der Stadt Mainz und Vorbereitung der Direktvergabe der ÖPNV-Verkehrsdienstleistungen an die MM
35. Vorschlag an das Amtsgericht zur Neubesetzung eines Schiedsamtsbezirkes und zur Bestellung eines Vertreters
36. Umsetzung einer nachhaltigen Beschaffung und Vergabe - Entwicklung von Kriterien für die nachhaltige Beschaffung
37. Ratsbürgerentscheid gem. § 17a I (2) GemO zur baulichen Erweiterung des Gutenberg-Museums durch den "Bibelturm" auf dem Liebfrauenplatz

38. Ratsbürgerentscheid "Bibelturm" des Gutenberg-Museums;
öffentliche Bekanntmachung
39. Rathaus Mainz
 - 39.1. Änderungsantrag zur Beschlussvorlage „Rathaus Mainz. Hier: Sanierung des Rathauses“ (0297/2018) zur gemeinsamen Ausschusssitzung am 06.02.2018 und in Folge zur Stadtratssitzung am 07.02.2018 (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)
41. Nachtrag zum Stellenplan
42. 1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018
 - 42.1. Gemeinsamer Ergänzungsantrag zur Verwaltungsvorlage „1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018“ (0108/2018) (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)
 - 42.2. Begleitantrag zur Beschlussvorlage 0108/2018
"1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018“ (CDU)
 - 42.2.1. Gemeinsamer Änderungsantrag zum Begleitantrag zur Verwaltungsvorlage „1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018“ (0324/2018) der CDU-Stadtratsfraktion
40. 1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018
43. Erhebung von Grundsteuer in der Stadt Mainz
44. Zitadelle, Bau A
45. Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO
46. Wirtschaftliche Beteiligungen
 - 46.1. Rheingoldhalle Verwaltungs-GmbH
 - 46.2. Rheingoldhalle GmbH & Co. KG
 - 46.3. Wohnbau Mainz GmbH
 - 46.4. Jobperspektive Mainz gGmbH
 - 46.5. Mainzer Alten- und Wohnheime gGmbH
 - 46.6. Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH (ZBM)
 - 46.7. Mainzer Bürgerhäuser GmbH & Co. KG (MBH)
 - 46.8. mainzplus CITYMARKETING GmbH
 - 46.9. Kulturzentren Mainz GmbH
 - 46.10. TechnologieZentrum Mainz GmbH
47. Sanierung des Neustadtzentrums
48. Erhöhung der Schulsozialarbeit an den Realschulen plus und Einführung der Schulsozialarbeit an der Förderschule Windmühlenschule

49. CityBahn Mainz-Wiesbaden
 - 49.1. Ergänzungsantrag zur Beschlussvorlage 0121/2018 "CityBahn Mainz-Wiesbaden"
 - a) Grundsatzentscheidung zum Einstieg in die Planungsphase im Stadtgebiet Mainz
 - b) Sachstandsbericht zur Machbarkeit, Linienführungsdiskussion und zum Vorplanungsstand" (CDU)
50. Ausweisung eines Teilbereichs der Kurt-Schumacher-Straße zur Wohn-Spiel-Straße
51. Antrag auf Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereichs "Am Bornberg"
52. Fahrradparkhaus
 - 52.1. Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 0119/2018 "Fahrradparkhaus" (CDU)
53. Städtebaulicher Vertrag zum Bebauungsplan "Am Steinbruch (W 103)"
54. Bauleitplanverfahren "W 103" (Satzungsbeschluss)
55. Bauleitplanverfahren "Le 4" (Aufstellungsbeschluss)
56. Städtebaulicher Vertrag zum Bebauungsplan "Am Elmerberg (F 90)"
57. Bauleitplanverfahren "F 90" (Satzungsbeschluss)
58. Bauleitplanverfahren "O 65" (Planstufe I)
59. Erhaltungs- und Gestaltungssatzung „Friedrich-Ebert-Siedlung (O 71 S)"
60. Rahmenplan (Beschluss) / Bebauungsplanverfahren "W 105" (ern. Aufstellung und Planstufe I)
61. Benennung eines Platzes in Mainz nach dem ehemaligen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl
62. Straßenbenennung Mainz-Bretzenheim

B) Ohne Stimmrecht des Vorsitzenden

63. Besetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien
 - 63.1. Besetzung von Gremien
64. Einwohnerfragestunde [ca. 17.00 Uhr]
65. Anregungen der Ortsbeiräte [ca. 17.30 Uhr]

b) nicht öffentlich

- 66. Personalangelegenheiten
 - 66.1. Einzelpersonalien
- 67. Kreditangelegenheiten
- 68. Grundstücksangelegenheiten
- 2. Verkauf von städtischen Grundstücken (FW-G)

Der Vorsitzende eröffnet um 15.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Hinsichtlich der Tagesordnung werden folgende Änderungen vorgetragen:

Die Antwort auf die Anfrage zu Punkt 2 wird im nichtöffentlichen Teil aufgerufen.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE (Punkt 30) ist, soweit er stadtnahe Betriebe mit einbezieht, unzulässig. Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vor (0249/2018/1) welcher unter Punkt 30.1 aufgerufen wird.

Zu Punkt 39 liegt eine neue Fassung vor, in welcher die in der gemeinsamen Sitzung am 06.02.2018 gefassten Beschlüsse eingearbeitet sind (0297/2018/1). Der hierzu vorliegende Änderungs- und Ergänzungsantrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP (0330/2018; Punkt 39.1) ist damit gegenstandslos. Es wird vorgeschlagen, diesen Punkt abzusetzen.

Aus formellen Gründen muss die Abstimmung zu den Punkten 41 und 42 vor der Abstimmung zu Punkt 40 erfolgen. Sollten die vorliegenden Anträge beschlossen werden, ist die Nachtragshaushaltssatzung (Punkt 40) aufgrund der gefassten Beschlüsse nicht mehr aktuell und muss überarbeitet werden. Daher kann eine Beschlussfassung in der heutigen Sitzung nicht erfolgen. Der Punkt ist folglich abzusetzen und wird in der nächsten Sitzung des Stadtrates erneut aufgerufen.

Zu Punkt 42 liegt sowohl ein gemeinsamer Ergänzungsantrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP (0304/2018), als auch ein Begleitantrag der CDU-Fraktion (0325/2018) vor. Die Anträge werden unter den neuen Punkten 42.1 bzw. 42.2 behandelt. Zusätzlich liegt noch ein gemeinsamer Änderungsantrag zum Begleitantrag der CDU vor (0325/2018/1). Dieser wird unter Punkt 42.2.1 aufgerufen.

Die CDU-Fraktion hat einen Ergänzungsantrag zu Punkt 49 gestellt, welcher unter Punkt 49.1 behandelt wird (0329/2018).

Des Weiteren liegt ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Punkt 52 vor. Dieser wird unter Punkt 52.1 behandelt (0336/2018).

Zu Punkt 56 liegt eine neue Fassung vor (0096/2018/1). Im Zuge der notariellen Beurkundung gab es redaktionelle Änderungen im Vertragstext und eine Anpassung im Paragraphen zum Thema Bürgschaften.

Schließlich ist Punkt 63.1 (0001/2018) in die Tagesordnung aufzunehmen.

Der Tagesordnung wird sodann einstimmig zugestimmt.

Es erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

TEIL I

Anfragen

Punkt 1 **Beauftragung von externen Beraterbüros (FW-G)**
Vorlage: 1499/2017

Herr Mehler bittet um Mitteilung, warum in der Antwort nur die Gutachten der letzten zwei Jahre aufgeführt wurden und an welche Firmen die Aufträge vergeben wurden.

Hierzu erklärt Herr Oberbürgermeister Ebling, dass eine Auflistung der Gutachten der vergangenen fünf Jahre nur mit unverhältnismäßigem Aufwand zu bewerkstelligen sei und dass man die Namen der beauftragten Firmen nachreichen werde.

Punkt 3 **NOx-Überschreitungen bei Heimspielen der 05er (FW-G)**
Vorlage: 0221/2018

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Frau Beigeordneter Eder zur Kenntnis.

Punkt 4 **Bausachverständige für städtische Projekte (FW-G)**
Vorlage: 0222/2018

Die Antwort von Frau Beigeordneter Grosse liegt vor. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Punkt 5 **Container im Denkmalbereich des 117er Ehrenhofes (AfD)**
Vorlage: 0270/2018

Der Stadtrat nimmt die Antwort von Frau Beigeordneter Grosse ohne Zusatzfragen zur Kenntnis.

Punkt 6 **Baumaßnahmen Gutenberg-Museum und „Bibelturm“ (ÖDP)**
Vorlage: 0289/2018

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Moseler teilt Frau Beigeordnete Grosse mit, dass die Kostenberechnung mangels Verpflichtung nicht der ADD vorgelegt worden sei und dass die Genehmigungsplanung mit den Sachversicherungsträgern abgestimmt worden sei.

Punkt 7 **Baulicher Zustand des Römischen Theaters (ÖDP)**
Vorlage: 0290/2018

Zu der von Frau Beigeordneter Grosse vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 8 **Feuerwehrgerätehäuser in Mainz (ÖDP)**
Vorlage: 0291/2018

Zu der von Herrn Oberbürgermeister Ebling vorgelegten Antwort fragt Herr Dr. Moseler, ob es bei den Baumaßnahmen zu Verzögerungen komme und ob die Projekte bereits finanziert seien.

Hierzu teilt der Vorsitzende mit, dass keine Verzögerungen bekannt seien und die Finanzierung feststehe.

Punkt 9 **Lärmbelästigung: Nachbesserungen der Mainzelbahn in Bretzenheim (ÖDP)**
Vorlage: 0292/2018

Die Antwort von Frau Beigeordneter Eder liegt vor. Zusatzfragen gibt es keine.

Punkt 10 **Unberechtigter Autoverkehr Heuerstraße Kreuzung Rheinhessenstraße (FW-G)**
Vorlage: 0295/2018

Zu der von Frau Beigeordneter Eder vorgelegten Antwort gibt es keine Zusatzfragen.

Punkt 11 **Kosten durch Höhenreduzierung des sog. Bibelturmes (AfD)**
Vorlage: 0298/2018

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Frau Beigeordneter Grosse zur Kenntnis.

Punkt 12 **Präventiv-Maßnahmen in städt. Kitas gegen sexuelle Gewalt (AfD)**
Vorlage: 0299/2018

Die Antwort von Herrn Beigeordneten Dr. Lensch liegt vor. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Punkt 13 **Besuch des Kindergartens von Kindern in benachteiligten Lebenssituationen (SPD)**
Vorlage: 0300/2018

Der Stadtrat nimmt die Antwort von Herrn Beigeordneten Dr. Lensch ohne Zusatzfragen zur Kenntnis.

Punkt 14 **Lokale Entwicklungs- und Aufwertungsprojekte (LEAP) (SPD)**
Vorlage: 0301/2018

Zu der von Herrn Beigeordneten Sitte vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 15 **Aufstellung von Mülleimern bzw. Hundekotstationen (SPD)**
Vorlage: 0302/2018

Die Antwort von Frau Beigeordneter Eder liegt vor. Zusatzfragen gibt es keine.

Punkt 16 **Prioritätenliste zur Instandsetzung Mainzer Straßen (SPD)**
Vorlage: 0303/2018

Zu der von Frau Beigeordneter Eder vorgelegten Antwort gibt es keine Zusatzfragen.

Punkt 17 **Bibelturm (CDU)**
Vorlage: 0305/2018

Auf Nachfrage von Herrn Gerster teilt Frau Beigeordnete Grosse mit, dass sich die ursprünglich genannte Firsthöhe von 23,40 m in der Vorplanung befunden habe. Nun liege die Genehmigungsplanung vor. Erst im Rahmen der Genehmigungsplanung erfolge eine detaillierte Prüfung.

Punkt 18 **Radwegebenutzungspflicht (CDU)**
Vorlage: 0306/2018

Zu der von Frau Beigeordneter Eder vorgelegten Antwort fragt Herr Gerster, weshalb in der Bahnhofstraße eine Radwegeinfrastruktur geschaffen wurde, obwohl dies vorher ein reiner Fußweg gewesen sei. Dies entspreche nicht den Ausführungen in Ziffer 3 der Antwort.

Hierzu erklärt Frau Beigeordnete Grosse, dass man die Antwort nachreichen werde.

Punkt 19 **Spielmöglichkeiten für Kinder in der Altstadt (CDU)**
Vorlage: 0307/2018

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Frau Beigeordneter Eder zur Kenntnis.

Punkt 20 **Umbauphase Große Langgasse (CDU)**
Vorlage: 0308/2018

Zu der von Frau Beigeordneter Eder vorgelegten Antwort fragt Herr Gerster, ob es möglich sei, die Ludwigsstraße während der Bauphase zwischen Großer Langgasse und Schillerplatz für den abfließenden Verkehr zu öffnen, wenn sich herausstellen sollte, dass die Weißliliengasse mit der bisherigen Lösung einer zu hohen Belastung ausgesetzt wäre.

Hierzu erklärt Frau Beigeordnete Grosse, dass man die Antwort nachreichen werde.

Punkt 21 **FrankfurtRheinMain GmbH (CDU)**
Vorlage: 0309/2018

Die Antwort von Herrn Oberbürgermeister Ebling liegt vor. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Punkt 22 **Sanierung der Rheingoldhalle und der Bürgerhäuser (CDU)**
Vorlage: 0310/2018

Auf Nachfrage von Frau Flegel teilt Herr Bürgermeister Beck mit, dass Verzögerungen im Zeitplan derzeit nicht erkennbar seien und der Aufbau eines Zeltes nicht wirtschaftlich sei.

Punkt 23 **Mietkosten für zusätzliche Büroflächen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 0311/2018

Zu dem von Herrn Beigeordneten Sitte vorgelegten Zwischenbericht bittet Herr Köbler um Mitteilung, wann mit einer Beantwortung zu rechnen sei.

Hierzu erklärt Herr Beigeordneter Sitte, dass dies möglichst zeitnah geschehen werde.

Punkt 24 **Sozialticket für Mainz (DIE LINKE)**
Vorlage: 0312/2018

Auf Nachfrage von Herrn Proske teilt Herr Beigeordneter Dr. Lensch mit, dass bezugsberechtigte Personen regelmäßig auf die Möglichkeit einer Sondermonatskarte hingewiesen würden und dass sich die in Ziffer 4 genannten Zuschüsse auf den Schülerverkehr bezögen.

Punkt 25 **Fördergelder aus Sofortprogramm "Saubere Luft" (ÖDP)**
Vorlage: 0313/2018

Der Stadtrat nimmt die Antwort von Frau Beigeordneter Eder ohne Zusatzfragen zur Kenntnis.

Punkt 26 **Stadtentwicklung prüfen (DIE LINKE)**
Vorlage: 0314/2018

Der Stadtrat nimmt den Zwischenbericht zur Kenntnis.

Punkt 27 Infrastruktur für ein Smart City-Konzept (SPD)
Vorlage: 0315/2018

Zu der von Herrn Beigeordneten Sitte vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 28 kurdische Symbole auf Kundgebungen (DIE LINKE)
Vorlage: 0316/2018

Die Antwort von Herrn Beigeordneten Sitte liegt vor. Zusatzfragen gibt es keine.

Punkt 29 Fragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Anträge

Punkt 30 Mensch und Umwelt schützen - kein Glyphosat in Mainz (DIE LINKE)
Vorlage: 0249/2018

Punkt 30.1 Änderungsantrag zu Mensch und Umwelt schützen - kein Glyphosat in Mainz
(DIE LINKE)
Vorlage: 0249/2018/1

Die Begründung des Antrages der Fraktion DIE LINKE übernimmt Stadtratsmitglied Dorn und erklärt, dass man den Änderungsantrag übernehmen würde. An der weiteren Aussprache beteiligen sich Herr Solbach (CDU), Frau Wellstein (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Herr Bleicher (SPD) und Herr Koppius (FDP) und beantragen die Überweisung in den zuständigen Fachausschuss. Herr Prof. Dr. Leinen (ÖDP) erklärt, dass man dem Antrag zustimmen könne.

Nach einer Stellungnahme von Frau Beigeordneter Grosse für die Verwaltung werden Antrag und Änderungsantrag einstimmig in den Ausschuss für Umwelt, Grün und Energie überwiesen.

Randvermerk:

Wegen der Forderung des Antrages, bei der Verpachtung von städtischen und stadtnahen Flächen auf den Verzicht von Glyphosat hinzuwirken, ist auch der Wirtschaftsausschuss betroffen. Der Beschluss des Stadtrates ist daher dahingehend zu verstehen, dass die Anträge insoweit auch im Wirtschaftsausschuss beraten werden sollen.

Punkt 31 **Weiterentwicklung von Mainz zur Smart City (CDU)**
Vorlage: 0274/2018

Für die CDU-Fraktion begründet Herr Dr. Eckhardt den Antrag und wirbt um Zustimmung. Für die Koalition nehmen Frau Gill-Gers (SPD), Herr Helm-Becker (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Herr Strutz (FDP) Stellung und beantragen, den Antrag zur weiteren Beratung in den Haupt- und Personalausschuss zu überweisen. An der weiteren Aussprache beteiligen sich Herr Schönig (CDU) und Frau Köbler-Gross (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Nach einer kurzen Stellungnahme von Herrn Beigeordneten Sitte wird der Antrag einstimmig zur weiteren Beratung in den Haupt- und Personalausschuss überwiesen.

Punkt 32 **Erstellung eines Bebauungsplans für das Gebiet Große Langgasse, Steingasse, Welschnonnengasse (CDU)**
Vorlage: 0296/2018

Die Begründung des Antrages der CDU-Fraktion übernimmt Herr Dr. Eckhardt. An der weiteren Aussprache beteiligen sich Herr Franz (SPD), Herr Dr. Huck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Herr Strutz (FDP) und erklären, dass man dem Antrag nicht zustimmen könne. Herr Dr. Moseler (ÖDP) signalisiert, dass seine Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Schließlich beantragt Herr Dr. Eckhardt nach einer kurzen Stellungnahme die Überweisung in den zuständigen Ausschuss.

Für die Verwaltung nimmt Frau Beigeordnete Grosse Stellung. In der darauffolgenden Abstimmung werden sowohl die Überweisung, als auch der Antrag in der Sache mehrheitlich abgelehnt.

TEIL II

A) Mit Stimmrecht des Vorsitzenden

Punkt 33 **Ehrenbürgerwürde für Frau Margit Sponheimer-Weber**
Vorlage: 0209/2018

Nach einleitenden Worten von Herrn Oberbürgermeister Ebling beschließt der Stadtrat bei einer Enthaltung einstimmig, Frau Margit Sponheimer-Weber die Ehrenbürgerwürde zu verleihen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 22.01.2018.

Punkt 34 **Sachstandsberichte**

Punkt 34.1 **Sachstandsbericht zum Stadtratsantrag 0593/2015/1 von SPD, BÜNDNIS**
90/ DIE Grünen und FDP
Hier: Online-Ausleihe: Teilnahme der Öffentlichen Bücherei - Anna Seghers
der Stadt Mainz am "onleihe-Verbund Rheinland-Pfalz"
Vorlage: 1342/2017

Der Stadtrat beschließt einstimmig, den Antrag 0593/2015/1 als erledigt zu erklären.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 15.01.2018.

Punkt 34.2 **Sachstandsbericht zur 3. Fortschreibung des Nahverkehrsplanes der Stadt**
Mainz und Vorbereitung der Direktvergabe der ÖPNV-
Verkehrsdienstleistungen an die MM
Vorlage: 0120/2018

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen, dass die Mainzer Mobilität (MM) auch zukünftig Verkehrsdienstleister für die kommunalen ÖPNV-Leistungen sein soll und befürwortet, dass der Nahverkehrsplan als Grundlage für die Erarbeitung eines Öffentlichen Dienstleistungsauftrags (ÖDA) an die MM dient.

Der Stadtrat nimmt vor diesem Hintergrund den Sachstand zur 3. Fortschreibung des Nahverkehrsplanes der Stadt Mainz zur Kenntnis.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 15.01.2018.

Punkt 35 **Vorschlag an das Amtsgericht zur Neubesetzung eines Schiedsamtsbezirkes und zur Bestellung eines Vertreters**
Vorlage: 0172/2018

Der Stadtrat beschließt einstimmig,

1.

Herrn Peter Erdmann, Weifert-Janz-Straße 30, 55122 Mainz

als künftigen Schiedsmann für den Schiedsamtsbezirk Mainz II
(Ebersheim, Finthen, Gonsenheim, Laubenheim, Mombach)
vorzuschlagen und

2.

Herrn Axel Braun, Adam-Karrillon-Straße 22, 55118 Mainz

als stellvertretenden Schiedsmann für alle Bezirke vorzuschlagen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.01.2018.

Punkt 36 **Umsetzung einer nachhaltigen Beschaffung und Vergabe - Entwicklung von Kriterien für die nachhaltige Beschaffung hier: Einrichtung einer geförderten Stelle zur Koordination kommunaler Entwicklungspolitik (KEPOL) für zwei Jahre**
Vorlage: 1446/2017

Der Stadtrat nimmt die Einrichtung der Koordinationsstelle kommunale Entwicklungspolitik und deren Aufgabenspektrum zur Kenntnis. Er unterstützt die konkrete Umsetzung einer nachhaltigen Beschaffung und Vergabe.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 19.10.2017.

Punkt 37 **Ratsbürgerentscheid gem. § 17a Abs. 1 Satz 2 GemO zur baulichen Erweiterung des Gutenberg-Museums durch den "Bibelturm" am Liebfrauenplatz**
Vorlage: 0104/2018

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen:

1. am 15.4.2018 einen Bürgerentscheid mit folgender Frage durchzuführen:

„Soll das Gutenberg-Museum durch den Bau des „Bibelturms“ am Liebfrauenplatz gemäß Beschluss des Stadtrates vom 08.02.2017 erweitert werden?“

2. die außerplanmäßige Bereitstellung der notwendigen Finanzmittel gemäß Ziffer 5 der Vorlage in Höhe von 312.500 €.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 10.01.2018.

Punkt 38 **Ratsbürgerentscheid "Bibelturm" des Gutenberg-Museums; Beschlussfassung des Stadtrates über die öffentliche Bekanntmachung der von ihm vertretenen Auffassung**
Vorlage: 0262/2018

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich bei fünf Gegenstimmen den Text für die öffentliche Bekanntmachung der von ihm vertretenen Auffassung bezüglich der baulichen Erweiterung des Gutenberg-Museums durch den „Bibelturm“ am Liebfrauenplatz.

Herr Dr. Moseler händigt die Begründung für die abweichende Meinung seiner Fraktion der Verwaltung aus. Diese ist als Anlage beigefügt.

Herr Oberbürgermeister Ebling erklärt, dass er sich der Meinung des Stadtrates anschließe.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 24.01.2018.

Punkt 39 **Rathaus Mainz**
hier: Sanierung des Rathauses
Vorlage: 0297/2018/1

Der Stadtrat beschließt in namentlicher Abstimmung mehrheitlich (38 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen) die Sanierung des Rathauses nach den in der Vorlage genannten Vorgaben. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Schritte zum Erhalt einer Baugenehmigung voranzutreiben und somit die nächste Stufe des Planungsverfahrens zu beauftragen. Neben den bereits zum Nachtragshaushalt 2018 angemeldeten Mitteln zur Sanierung des Rathauses, sind die weiteren Haushaltsmittel für die Folgejahre im Doppelhaushalt 2019/2020 zu berücksichtigen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 07.02.2018.

Anmerkung:

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Punkt 39.1 **Änderungsantrag zur Beschlussvorlage „Rathaus Mainz. Hier: Sanierung des Rathauses“ (0297/2018) zur gemeinsamen Ausschusssitzung am 06.02.2018 und in Folge zur Stadtratssitzung am 07.02.2018 (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)**
Vorlage: 0330/2018

Dieser Punkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

Punkt 41 **Nachtrag zum Stellenplan**
Vorlage: 1545/2017

Der Stadtrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der derzeit gültige Stellenplan wird durch einen Nachtrag für das Jahr 2018 fortgeschrieben (Anlage 1) und durch die aus der Anlage 2 und 3 ersichtlichen Stellenneuschaffungen, -erweiterungen bzw. -veränderungen angepasst.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 03.11.2017.

- Punkt 42** **1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018**
(Nachmeldung zum Verwaltungsentwurf)
Vorlage: 0108/2018
- Punkt 42.1** **Gemeinsamer Ergänzungsantrag zur Verwaltungsvorlage „1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018“ (0108/2018) (SPD, Bündnis 90/Grüne, FDP)**
Vorlage: 0304/2018
- Punkt 42.2** **Begleitantrag zur Beschlussvorlage 0108/2018 "1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018" (CDU)**
Vorlage: 0325/2018
- Punkt 42.2.1** **Gemeinsamer Änderungsantrag zum Begleitantrag zur Verwaltungsvorlage „1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018“ (0324/2018) der CDU-Stadtratsfraktion**
Vorlage: 0325/2018/1

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich, der Nachmeldung zum Verwaltungsentwurf zum 1. Nachtragshaushaltsplan der Landeshauptstadt Mainz für das Haushaltsjahr 2018 zuzustimmen.

Die Verwaltung wird gleichzeitig ermächtigt, auf Basis dieser Nachmeldung und ggfs. weiterer beschlossener Änderungen die 1. Nachtragshaushaltssatzung und den 1. Nachtragshaushaltsplan 2018 fertig zu stellen.

Der gemeinsame Ergänzungsantrag sowie der gemeinsame Änderungsantrag zum Begleitantrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP werden mehrheitlich beschlossen.

Die Beschlussfassung über den Begleitantrag der CDU-Fraktion hat sich durch die positive Entscheidung über den gemeinsamen Änderungsantrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP erledigt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung sind die Verwaltungsvorlage vom 11.01.2018, der gemeinsame Ergänzungsantrag vom 30.01.2018 und der gemeinsame Änderungsantrag zum Begleitantrag vom 06.02.2018.

- Punkt 40** **1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018**
Vorlage: 1613/2017

Dieser Punkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

- Punkt 43** **Erhebung von Grundsteuer in der Stadt Mainz;**

hier: Hebesatzaufhebungssatzung
Vorlage: 0030/2018

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Satzung über die Aufhebung der Satzung über die Festsetzung des Hebesatzes der Grundsteuer B in der Stadt Mainz (Hebesatzaufhebungssatzung).

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 20.12.2017.

Punkt 44 **Zitadelle, Bau A;**
hier: Herstellung der Barrierefreiheit, überplanmäßige Mittelbereitstellung
Vorlage: 0110/2018

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen die außerplanmäßige Mittelbereitstellung zur Herstellung der Barrierefreiheit im Gebäude A der Zitadelle in Höhe von 450.000 Euro.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 11.01.2018.

Punkt 45 **Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO;**
hier: Einwerbung, Entgegennahme und Vermittlung von Sponsorleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: 0074/2018

Einstimmig fasst der Stadtrat folgenden Beschluss:

Die vorgelegte Liste für das Jahr 2018 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Annahme der folgenden Zuwendungen 0119/2017, 0123/2017, 0129/2017, 0009/2018, 0016/2018, 0001/2019 und 0001/2020 wird zugestimmt, da die Wertgrenze von 3.000 Euro überschritten wurde.

Erst nach der Unbedenklichkeitserklärung durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion kann die Kenntnisnahme und Zustimmung der Zuwendungen/Sponsorleistungen in Kraft treten.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 05.01.2018.

Punkt 46 **Wirtschaftliche Beteiligungen**

Punkt 46.1 **Rheingoldhalle Verwaltungs-GmbH;**
hier: Jahresabschluss zum 31.12.2016
Vorlage: 1458/2017

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses der Rheingoldhalle Verwaltungs-GmbH für das Geschäftsjahr 2016 mit einer Bilanzsumme i. H. v. 53.157,37 € und einem Jahresüberschuss i. H. v. 2.234,04 €,
2. den Ergebnisverwendungsvorschlag, den Jahresüberschuss 2016 in Höhe von 2.234,04 € auf neue Rechnung vorzutragen,
3. die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2016,
4. den Prüfbericht der Wirtschaftsprüfergesellschaft CONCEPT Renkes & Partner mbB über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2016.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 19.12.2017.

Punkt 46.2 **Rheingoldhalle GmbH & Co. KG;**
hier: Jahresabschluss zum 31.12.2016
Vorlage: 1459/2017

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses der Rheingoldhalle GmbH & Co. KG für das Geschäftsjahr 2016 mit einer Bilanzsumme i. H. v. 11.129.031,88 € und einem Jahresüberschuss i. H. v. 202.889,45 €,
2. die Verrechnung des Jahresüberschusses 2016 in Höhe von 202.889,45 € mit den variablen Kapitalkonten der Kommanditisten (Verbindlichkeitskonten),
3. die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2016,
4. den Prüfbericht der Wirtschaftsprüfergesellschaft CONCEPT Renkes & Partner mbB über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2016.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 19.12.2017.

Punkt 46.3 **Wohnbau Mainz GmbH;**
hier: Bestellung eines Wirtschaftsprüfers zur Abschlussprüfung 2017 der
Wohnbau Mainz GmbH sowie ihrer Tochtergesellschaften
Vorlage: 0045/2018

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen die Bestellung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BRV AG, Frankfurt am Main, zur Prüfung der Jahresabschlüsse 2017 der Wohnbau Mainz GmbH und ihrer Tochtergesellschaften sowie des Konzernabschlusses 2017 der Wohnbau Mainz GmbH.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 27.12.2017.

Punkt 46.4 **Jobperspektive Mainz gGmbH;**
hier: Wirtschaftsplan 2018
Vorlage: 0050/2018

Der Stadtrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Dem Wirtschaftsplan der Jobperspektive Mainz gGmbH für das Wirtschaftsjahr 2018 wird zugestimmt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 28.12.2017.

Punkt 46.5 **Mainzer Alten- und Wohnheime gGmbH;**
hier: Wirtschaftsplan 2018
Vorlage: 0053/2018

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen:

Dem Wirtschaftsplan der Mainzer Alten- und Wohnheime gGmbH für das Wirtschaftsjahr 2018 wird zugestimmt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 28.12.2017.

Punkt 46.6 **Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH (ZBM);**
hier: Wirtschaftsplan 2018
Vorlage: 0066/2018

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich bei einer Gegenstimme:

Dem Wirtschaftsplan der Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH für das Jahr 2018 wird zugestimmt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 04.01.2018.

Punkt 46.7 **Mainzer Bürgerhäuser GmbH & Co. KG (MBH);**
Jahresabschluss zum 31.12.2016
Vorlage: 0068/2018

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses der Mainzer Bürgerhäuser GmbH & Co. KG für das Geschäftsjahr 2016 mit einer Bilanzsumme i.H.v. 377.726,86 € und einem Jahresfehlbetrag i.H.v. 66.879,34 € sowie des Lageberichtes,
2. den Ergebnisverwendungsvorschlag, den Jahresfehlbetrag für das Jahr 2016 i.H.v. 66.879,34 € auf dem Konto der Kommanditistin zu verrechnen,
3. den Prüfungsbericht der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2016,
4. die Entlastung der Geschäftsführung, vertreten durch die Mainzer Bürgerhäuser Verwaltungs-GmbH und deren Geschäftsführer Herrn Günter Beck, für das Geschäftsjahr 2016,
5. Die KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, 55118 Mainz, wird gemäß § 318 HGB als Abschlussprüfer des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2017 bestellt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 04.01.2018.

Punkt 46.8 **mainzplus CITYMARKETING GmbH;**
hier: Wirtschaftsplan 2018
Vorlage: 0075/2018

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen:

Dem Wirtschaftsplan der mainzplus CITYMARKETING GmbH für das Jahr 2018 wird zugestimmt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 05.01.2018.

Punkt 46.9 **Kulturzentren Mainz GmbH;**
hier: Wirtschaftsplan 2018
Vorlage: 0076/2018

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Dem Wirtschaftsplan der Kulturzentren Mainz GmbH für das Jahr 2018 wird zugestimmt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 05.01.2018.

Punkt 46.10 **TechnologieZentrum Mainz GmbH;**
hier: Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2018
Vorlage: 0077/2018

Der Stadtrat stimmt dem Wirtschaftsplan der TZM für das Wirtschaftsjahr 2018 einstimmig zu.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 05.01.2018.

Punkt 47 **Sanierung des Neustadtzentrums**
Vorlage: 0016/2018

Der Stadtrat beschließt einstimmig im Haushaltsjahr 2018 die außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 1.537.500 EUR sowie die außerplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung (VE) in Höhe von 1.000.000 EUR zu Lasten der genehmigten Verpflichtungsermächtigung für das Projekt Sanierung Schlossgymnasium (Projekt-Nr. 7.000715).

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 14.12.2017.

Punkt 48 **Erhöhung der Schulsozialarbeit an den Realschulen plus und Einführung der**

Schulsozialarbeit an der Förderschule Windmühlenschule
Vorlage: 0020/2018

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen:

- die Aufstockung der Schulsozialarbeit an den vier Realschulen plus um insgesamt 1,5 VZÄ
- die Einführung der Schulsozialarbeit an der Förderschule Windmühlenschule im Umfang von 0,5 VZÄ ab dem 01.03.2018
- die überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 90.700 € im Haushaltsjahr 2018 im Teilergebnishaushalt des Amtes 51

vorbehaltlich, dass das Land die Schulsozialarbeit in Höhe von 51.000 € für das Jahr 2018 und ab dem Jahr 2019 jährlich in Höhe von 61.200 € bezuschusst.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 18.12.2017.

Punkt 49 **CityBahn Mainz-Wiesbaden**
a) Grundsatzentscheidung zum Einstieg in die Planungsphase im Stadtgebiet Mainz
b) Sachstandsbericht zur Machbarkeit, Linienführungsdiskussion und zum Vorplanungsstand
Vorlage: 0121/2018

Punkt 49.1 **Ergänzungsantrag zur Beschlussvorlage 0121/2018 "CityBahn Mainz-Wiesbaden – a) Grundsatzentscheidung zum Einstieg in die Planungsphase im Stadtgebiet Mainz; b) Sachstandsbericht zur Machbarkeit, Linienführungsdiskussion und zum Vorplanungsstand" (CDU)**
Vorlage: 0329/2018

Der Stadtrat

1. beschließt mehrheitlich bei einer Gegenstimme den Einstieg der Stadt Mainz in die Planungsphase zur Verbindung der Wiesbadener CityBahn-Trasse mit dem Mainzer Straßenbahnnetz.
2. beschließt mehrheitlich bei einer Gegenstimme, die Verwaltung mit einer Fortführung und Vertiefung der konzeptionellen Ansätze zu beauftragen und das im Auftrag der CityBahn GmbH tätige Konsortium bei der Erstellung der Vorplanung sowie der Öffentlichkeitsarbeit zu begleiten und zu unterstützen.
3. nimmt den Sachstand zur grundsätzlichen Machbarkeit sowie zu den konzeptionellen Überlegungen zur CityBahn zur Kenntnis.

Der Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion wird einstimmig beschlossen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 15.01.2018 und der Ergänzungsantrag vom 06.02.2018.

Punkt 50 **Ausweisung eines Teilbereichs der Kurt-Schumacher-Straße zur Wohn-Spiel-Straße;**
hier: Antrag Nr. 1281/2017 SPD-Ortsbeiratsfraktion Mainz-Gonsenheim
Vorlage: 1734/2017

Der Stadtrat beschließt einstimmig den verkehrsberuhigten Bereich einzurichten.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 27.11.2017.

Punkt 51 **Antrag auf Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereichs "Am Bornberg"**
Vorlage: 0107/2018

Der Stadtrat erteilt ohne Gegenstimmen das Einvernehmen der Gemeinde und stimmt der Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereiches „Am Bornberg“ zu.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 11.01.2018.

Punkt 52 **Fahrradparkhaus;**
Grundsatzbeschluss zum Bau eines Fahrradparkhauses unter der Hochbrücke/Hauptbahnhof Westvorfahrt sowie über die Finanzierung aus Mitteln der Stellplatzablöse;
Bericht der Verwaltung zum aktuellen Stand der konzeptionellen und planerischen Überlegungen
Vorlage: 0119/2018

Punkt 52.1 **Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 0119/2018 "Fahrradparkhaus" (CDU)**
Vorlage: 0336/2018

Der Stadtrat beschließt bei zwei Enthaltungen mehrheitlich vor dem Hintergrund des dargestellten Sachstandes, den Standortvorschlag unter der Hochbrücke am Hauptbahnhof West zu realisieren und die Kosten aus Mitteln der Stellplatzablöse zu decken. Sobald ein vertiefter Planungsstand inklusive einer detaillierten Kostenaufstellung von Seiten des Architekten vorliegt, wird das Projekt erneut und abschließend den Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt.

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion wird bei einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 15.01.2018 und der Änderungsantrag vom 07.02.2018.

Punkt 53 **Städtebaulicher Vertrag zum Bebauungsplan "Am Steinbruch (W 103)";**

Abschluss des städtebaulichen Vertrages nach § 11 BauGB zwischen der Stadt Mainz und der Investorin (Gesellschaft Wilma Wohnen Süd RM GmbH)
Vorlage: 0072/2018

Der Stadtrat stimmt dem Abschluss des nachfolgenden Vertrages mehrheitlich zu:

Städtebaulicher Vertrag nach § 11 BauGB zum Bebauungsplan "Am Steinbruch (W 103)" zwischen der Stadt Mainz und der Investorin (Gesellschaft Wilma Wohnen Süd RM GmbH).

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 05.01.2018.

Punkt 54 **Bauleitplanverfahren "W 103" (Satzungsbeschluss)**
Bebauungsplanentwurf "Am Steinbruch (W 103)"
hier: - **Behandlung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB**
 - **Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB**
 - **Vorlage der zusammenfassenden Erklärung gemäß § 10 Abs. 4 BauGB**
Vorlage: 0042/2018

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich zu dem o. g. Bauleitplanverfahren:

1. die Zurückweisung bzw. Aufnahme der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB aus der ersten Offenlage und der erneuten Offenlage,
2. unter Abwägung der privaten und öffentlichen Belange den o. g. Bebauungsplanentwurf gemäß § 10 BauGB als Satzung mit Begründung sowie den Erlass gestalterischer Vorschriften gemäß § 88 LBauO i. V. m. § 9 Abs. 4 BauGB,
3. die Zusammenfassende Erklärung § 10 Abs. 4 BauGB.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 22.12.2017.

- Punkt 55** **Bauleitplanverfahren "Le 4" (Aufstellungsbeschluss)**
a)Änderung Nr. 53 des Flächennutzungsplanes der Stadt Mainz im Bereich des Bebauungsplanentwurfes "Einkaufszentrum Lerchenberg (Le 4)"
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 1 Abs. 8 BauGB
b)Bebauungsplanentwurf "Einkaufszentrum Lerchenberg (Le 4)"
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 1 Abs. 8 BauGB
Vorlage: 0055/2018

Der Stadtrat beschließt einstimmig zu den beiden o. g. Bauleitplanentwürfen den Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 1 Abs. 8 BauGB.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 02.01.2018.

- Punkt 56** **Städtebaulicher Vertrag zum Bebauungsplan "Am Elmerberg (F 90)"**
Abschluss des städtebaulichen Vertrages nach § 11 BauGB zwischen der Landeshauptstadt Mainz und der Investorin (BPD Immobilienentwicklung GmbH) sowie dem Wirtschaftsbetrieb Mainz - Anstalt des öffentlichen Rechts -
Vorlage: 0096/2018/1

Der Stadtrat stimmt dem Abschluss des nachfolgenden Vertrages bei Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE mehrheitlich zu:

Städtebaulicher Vertrag nach § 11 BauGB zum Bebauungsplan "Am Elmerberg (F 90)" zwischen der Landeshauptstadt Mainz und der Investorin (BPD Immobilienentwicklung GmbH) sowie dem Wirtschaftsbetrieb Mainz - Anstalt des öffentlichen Rechts -.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 01.02.2018.

Punkt 57 **Bauleitplanverfahren "F 90" (Satzungsbeschluss)**
Bebauungsplanentwurf "Am Elmerberg (F 90)"
hier: - Behandlung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
- Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
- Vorlage der zusammenfassenden Erklärung gemäß § 10 Abs. 4
BauGB
Vorlage: 0056/2018

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (drei Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE) zu dem o. g. Bauleitplanverfahren:

1. die Zurückweisung bzw. Aufnahme der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB aus der ersten Offenlage und der erneuten Offenlage,
2. unter Abwägung der privaten und öffentlichen Belange den o. g. Bebauungsplanentwurf gemäß § 10 BauGB als Satzung mit Begründung sowie den Erlass gestalterischer Vorschriften gemäß § 88 LBauO i. V. m. § 9 Abs. 4 BauGB,
3. die Zusammenfassende Erklärung § 10 Abs. 4 BauGB.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 02.01.2018.

Punkt 58 **Bauleitplanverfahren "O 65" (Planstufe I)**
Bebauungsplanentwurf "Neues Wohnen Rodelberg (O 65)"
hier: - Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB
- Vorlage in Planstufe I
- Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß
§ 3 Abs. 1 BauGB
Vorlage: 0057/2018

Der Stadtrat beschließt einstimmig zu dem o.g. Bauleitplanentwurf:

1. den Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB,
2. die Vorlage in Planstufe I und
3. die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB im Standardverfahren.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 02.01.2018.

Punkt 59 **Erhaltungs- und Gestaltungssatzung „Friedrich-Ebert-Siedlung (O 71 S)“;**
hier: - **Einleitung des Satzungsverfahrens**
 - **Durchführung einer Öffentlichkeitsbeteiligung im Aushangverfahren**
Vorlage: 0073/2018

Der Stadtrat beschließt einstimmig zur o.g. Erhaltungs- und Gestaltungssatzung, die Einleitung des Verfahrens sowie die Durchführung einer Öffentlichkeitsbeteiligung im Aushangverfahren.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 05.01.2018.

Punkt 60 **Rahmenplan (Beschluss) / Bebauungsplanverfahren "W 105" (ern. Aufstellung und Planstufe I)**
a) Rahmenplan "Ehemalige Brauerei Wormser Straße"
hier:
 - **Beschluss des Rahmenplanes**
 - **Durchführung einer frühzeitigen Bürgerinformation gemeinsam mit der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB**

b) Bebauungsplanverfahren "Ehemalige Brauerei Wormser Straße (W 105)"
hier:
 - **erneuter Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB**
 - **Durchführung des Bauleitplanverfahrens im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB**
 - **Vorlage in Planstufe I**
 - **Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB**
 - **Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange**
Vorlage: 0063/2018

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen:

- zu a) 1. den Rahmenplan "Ehemalige Brauerei Wormser Straße"
2. die Durchführung einer Bürgerinformation zum Rahmenplan gemeinsam mit der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs.1 BauGB zum Bebauungsplanverfahren "W 105",
- zu b) 1. den erneuten Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs.1 BauGB,
2. das Bauleitplanverfahren im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB durchzuführen,
3. die Vorlage in Planstufe I,

4. die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB im Standardverfahren,
5. auf die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB zu verzichten.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 03.01.2018.

Punkt 61 **Benennung eines Platzes in Mainz nach dem ehemaligen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**
hier: Umbenennung eines Teils des Ernst-Ludwig-Platzes
Vorlage: 1435/2017

Der Stadtrat beschließt bei drei Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE mehrheitlich, einen Teil des Ernst-Ludwig-Platzes in Helmut-Kohl-Platz umzubenennen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 15.01.2018.

Punkt 62 **Straßenbenennung Mainz-Bretzenheim;**
Bebauungsplan "Hochschulerweiterung südlich des Europakreisels"
(B 158 /2.Ä.)
Vorlage: 0184/2018

Zu der Verwaltungsvorlage fragt Herr Schykowski (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), ob die Bezeichnung der Planstraßen getauscht werden könne. Hierzu erklärt Frau Beigeordnete Grosse, dass gegen einen Tausch grundsätzlich nichts einzuwenden sei.

Auf Vorschlag von Herrn Oberbürgermeister Ebling wird die Vorlage sodann einstimmig zurück in den Kulturausschuss überwiesen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 17.01.2018.

B) Ohne Stimmrecht des Vorsitzenden

Punkt 63 Besetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien

Punkt 63.1 Besetzung von Gremien Vorlage: 0001/2018

Der Stadtrat wählt bzw. entsendet die nachfolgenden Personen in die jeweiligen Gremien:

1. Schulträgerausschuss

(10 25 07 / 85)

Auf Vorschlag der Verwaltung wird als Nachfolger von Frau Lehr

Benedikt Bölte

als Mitglied (Stadtschülerrat) in das o. g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag der Verwaltung wird

Celine-Marie Lehr

als Stellvertretung (Stadtschülerrat) in das o. g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag der Verwaltung wird als Nachfolgerin von Herrn Walger

Ina Schäfer

als Mitglied (Elternschaft Gymnasien) in das o. g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag der Verwaltung wird als Nachfolger von Herrn Heck

Mathias Krusius

als Mitglied (Arbeitgeber) in das o. g. Gremium gewählt.

2. Jugendhilfeausschuss

(10 25 07 / 33-0)

Auf Vorschlag der Verwaltung wird als Nachfolger von Herrn Strobel

Ulrich Sander

als Stellvertretung (ev. Kirche) in das o. g. Gremium gewählt.

3. Verkehrsausschuss

(10 25 07 / 179)

Auf Vorschlag FW-G-Stadtratsfraktion wird als Nachfolger von Herrn Münzenmaier

StRM Claus Berndroth

in das o. g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird als Nachfolger von StRM Köbler-Gross

Dr. Rupert Röder

in das o. g. Gremium gewählt.

4. Werkausschuss GWM

(10 25 07 / 156)

Auf Vorschlag der ÖDP-Stadtratsfraktion werden als zusätzliche Stellvertretungen

Klaus Wilhelm

Dagmar Wolf-Rammensee

Rebecca Möhle

in das o. g. Gremium gewählt.

5. Werkausschuss KDZ

(10 25 07 / 53)

Auf Vorschlag des Personalrates wird als Nachfolgerin von Herrn Metzler

Daniela Leva

als Stellvertretung in das o. g. Gremium gewählt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 07.02.2018.

Punkt 64 Einwohnerfragestunde [ca. 18.00 Uhr]

Es werden keine Fragen gestellt.

Punkt 65 Anregungen der Ortsbeiräte [ca. 18.30 Uhr]

Hierzu sind keine Vorlagen zu verzeichnen.

Ende der Sitzung: 17:20 Uhr

gez. Michael Ebling
Vorsitz

gez. Christoph Sell
Schriftführung